

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frankreich

Macron weist den Weg

Als sich Ende Oktober die belgische Regierung für den Ersatz ihrer F-16-Flotte mit amerikanischen F-35 und somit explizit gegen ein europäisches Produkt entschied, musste der französische Präsident aktiv werden. Emmanuel Macron erklärte dazu: «Dieser Entscheid verstösst klar gegen europäische Interessen». Denn Belgien schlug die Angebote des Eurofighter-Konglomerats und der französischen Dassault Gruppe aus. Begründet wurde der Entscheid mit dem besseren Preis-Leistungsverhältnis und den anstehenden NATO-Verpflichtungen, die mit dem Kampfjet aus dem Hause Lockheed eher erfüllt werden können. Ob sich der französische Präsident hier nun als Wirtschaftsförderer gibt oder die gesamt-

europäische Sicherheitssituation im Auge hat, scheint unklar. «Europa wird nicht stark sein, wenn es nicht wirklich souverän ist und selbst weiss,



Klare Ansagen vom Präsidenten.
Bild: medias-presse.info

wie es sich schützen kann», sagte Macron und wies auf die Notwendigkeit hin, «eine echte europäische Verteidigungsfähigkeit» zu entwickeln. Deshalb werde er alles unternehmen, um europäische Angebote in zukünftigen Submissi-

onsverfahren zu fördern. Macron verweist dabei auf die permanente strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), mit welcher die diversen europäischen Verteidigungskonzepte vereinheitlicht werden. Ebenfalls, ginge es nach dem französischen Präsidenten, verlor Belgien nun die Möglichkeit, am französisch-deutschen Super-Jetprojekt der nächsten Generation (Ersatz des Eurofighters) mitwirken zu können. Wie auch immer, gleichzeitig verlautete das französische Verteidigungsministerium den erwarteten Verkauf von mehr als 400 gepanzerten Griffon und Jaguar Mehrzweck- und Aufklärungsfahrzeugen im Wert von 1,5 Milliarden Euro an Belgien. Der Deal wurde zeitgleich mit dem Flugzeugtypenentscheid verkündet, dies, um grösseren Reputations-

schaden innerhalb der NATO zu begrenzen. Als dann infolge des Kashoggi-Skandals noch europaweit Waffenlieferungen an Saudi Arabien in Frage gestellt wurden, wurde Macron unmissverständlich. «Wenn Frankreich zusammen mit Deutschland einen neuen Jet entwickeln soll, dann muss ein solcher auch uneingeschränkt überall hin exportiert werden dürfen.» Macron drohte sogar, die gesamte französischen Beteiligung zu streichen, sollte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel ihr geplantes Waffenembargo gegen Saudi Arabien unilateral oder in Teilen der EU durchsetzen. Am EU-Gipfel in Bratislava kommentierte der französische Präsident diese Entwicklungen platt: «Das sei reine Demagogie, was haben Waffenverkäufe mit Herrn Khashoggi zu tun?».

USA – Russland

Atomare Gespräche

Nach dem angekündigten Ausstieg der USA aus einem wichtigen Abrüstungsabkommen mit Russland will US-Sicherheitsberater John Bolton in Moskau Gespräche führen. Bolton, so heisst es aus Washington, soll der russischen Seite die Strategie von US-Präsident Donald Trump zum so genannten INF-Vertrag darlegen. Im Abkommen aus dem Jahr 1987 wurde der beiderseitige Verzicht auf nuklear bewaffnete Mittelstreckenraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern geregelt.

Ob Bolton bei dem zweitägigen Besuch auch Präsident Wladimir Putin trifft, ist noch unklar. Geplant ist unter anderem ein Treffen mit Außenminister Sergej Lawrow sowie dem Chef des Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew.

Der Deal zur Beschränkung der sogenannten Intermediate Range Nuclear Forces (INF) trug wesentlich zur nuklearen Abrüstung in Europa bei. In strategischen Überlegungen der Militärs waren solche Waffensysteme mit ihrer verheerenden Sprengkraft vor allem für Einsatzszenarien auf einem möglichen Kriegsschauplatz in Europa vorgesehen.

Trump hatte den Ausstieg aus dem Abkommen angekündigt, was Russland scharf kritisierte. Die US-Regierung geht davon aus, dass die russische Seite die Vereinbarung bereits seit längerem verletzt, unter anderem durch die Stationierung weitreichender Waffensysteme in der russischen Ostseeklave Kaliningrad.

Die US-Regierung bezieht ihre Vorwürfe über eine Vertragsverletzung auch auf neue russische Marschflugkörper mit dem NATO-Code SS-C-8



Trump und Putin.
Bild: Lehtikuva

(Russisch: 9M729), die eine Reichweite von 2600 Kilometern haben sollen. Anfang des Monats machten die 28 Mitgliedsstaaten der NATO deswegen Druck auf Moskau und forderten Putins Regierung auf, glaubwürdige Angaben zu dem Raketenstystem vorzulegen.

Das INF-Abkommen ist eine Vereinbarung zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion, ausgehandelt

wurde es unter den damaligen Staatschefs Ronald Reagan und Michail Gorbatschow. Konkret verbietet das Vertragswerk beiden Seiten den Bau und den Besitz landgestützter, atomar bewaffneter Marschflugkörper und Raketen. Die Vereinbarung trug dazu bei, das Wettrennen der 1980er Jahre zu beenden und die Ära des Kalten Krieges zu einem friedlichen Ende zu führen.

Polen

US-Militär in Polen

Die USA sind mit ihren Streitkräften bereits in Polen präsent. Doch die polnische Regierung will mehr. Sie arbeitet intensiv daran, die USA von einer dauerhaften Stationierung in ihrem Land zu überzeugen. Die Pläne würden jedoch gegen eine Abmachung zwischen der NATO und Russland verstossen.

Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszcak kam kürzlich hoch zufrieden aus den USA zurück. Błaszcak war schon zum vierten Mal in Washington – in weniger als einem Jahr. Diesmal hatte er sich vor allem mit John Bolton getroffen, dem Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump: «Wir haben über die Möglichkeit gesprochen, einen US-Militärstützpunkt in Polen einzurichten. Wir wollen, dass US-Militär in Polen stationiert wird und so unserem Land und der ganzen östlichen NATO-Flanke Sicherheit garantiert. Ich habe in den USA gehört, dass es Unterstützung gibt für das Projekt. Die Einzelheiten

werden in einer polnisch-amerikanischen Arbeitsgruppe besprochen, damit beide Seiten zufrieden sind.»

Die polnische Regierung meint es also ernst mit ihrem Projekt, das sie als «Fort Trump» bezeichnet. Sie will eine US-Militärbasis. Nicht nur der Projekt-Name soll den US-Präsidenten überzeugen, sondern auch Geld. Polen bietet an, bis zu zwei Milliarden US-Dollar jährlich beizusteuern. Die Polen hat die Regierung schon auf ihrer Seite. 55 Prozent sind für einen US-Militärstützpunkt in ihrem Land, ergab eine Umfrage vor wenigen Tagen.

Und das, obwohl das US-Militär bereits in Polen präsent ist. Es gibt ein internationales NATO-Bataillon unter Führung der USA – und eine US-Panzerbrigade. Außerdem baut die US-Armee im Norden von Polen eine Raketenbasis auf, die zum geplanten Raketenabwehrschild gehören soll.

Ob das die USA überzeugt? Als nächsten Schritt erstellt das US-Verteidigungsministerium bis März 2019 eine Expertise zum Vorschlag aus Polen.

Afghanistan

Afghanistan-Konferenz mit Taliban in Moskau

Im August war der russische Vorstoß noch gescheitert, Taliban und Kabuler Regierung zu Friedensgesprächen an einen Tisch zu bringen. Im November hingegen wurde es möglich, dass auch die Taliban teilnahmen.

Die internationale Konferenz, an der erstmals auch die radikalislamischen Taliban teilnehmen sollten, fand am 9. November 2018 in Moskau statt. Sowohl der afghanische Präsident Aschraf Ghani als auch die Vertretung der Taliban in Katar waren anwesend.

Der Konflikt in Afghanistan könne nach russischer Auffassung nur durch Verhandlungen gelöst werden. Dafür sollten die Aktivitäten der Staaten in der Region besser koordiniert werden. Eingeladen waren Delegationen aus China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Auch Sondergesandte anderer Länder für Afghanistan, zum Beispiel aus den USA, waren zugegen. Ein Abschlussdokument gab es nicht – ein solches war auch nicht geplant.

Ein erster Anlauf für eine solche Konferenz war im August am Einspruch der afghanischen Regierung gescheitert.

Zentralafrikanische Republik



Schutzsuchende in Batangafo.

Bild: MSF

Aufflammen des Konfliktes

Mehr als 10 000 Menschen flohen anfangs November auf das Gelände eines von Médecins Sans Frontières (MSF) unterstützten Krankenhauses in Batangafo im Norden der Zentralafrikanischen Republik. Zusammenstösse zwischen bewaffneten Gruppierungen führten dazu, dass drei Binnenflüchtlingslager durch Brandstiftung zerstört wurden. «Die Lage bleibt sehr angespannt. Der Schutz der Bevölkerung und die medizinische Versorgung sind nun unsere Hauptanliegen», so Omar Ahmed Abenza, MSF-Missionsleiter im Land. Die humanitäre Situation ist katastrophal. Es fehlt den Vertriebenen an allem. Die Regierung des Landes kontrolliert weiterhin nur etwa einen Fünftel seines Staatsgebiets und ist deshalb gänzlich abhängig von den bewaffneten Friedensförderer der UNO-Blauhelmmission MINUSCA. Die meisten Regionen sind unter Kontrolle von insgesamt 15 bewaffneten Gruppierungen oder Rebellen. Diese weisen beinahe ausschliesslich einen muslimischen Hintergrund auf und bekämpfen sich wahlweise gegenseitig, die Bevölkerung, die Regierung oder die Blauhelme. Laut dem UNO-Koor-

dinator aller humanitären Angelegenheiten im Land, Najat Rochdi, sind seit den neuerlichen Gewaltausbrüchen weitere 30 000 Personen wieder auf der Flucht. In den Camps wurde sämtliche Infrastruktur zerstört. Darunter Schuleinrichtungen, Marktstände, Latrinen und Unterkünfte. Aufgrund der Gewaltintensität wurden die humanitären Aktivitäten im Anschluss an die Angriffe ausgesetzt. Die UNO weist sämtliche Konfliktparteien an, sich an die international bindenden Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu halten. Das etwa 620 000 km² grosse Land wird von knapp 4,6 Millionen Menschen bewohnt. Die aktuellen Kämpfe lassen sich auf den Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen im Jahre 2012 zurückführen. Die Zentralafrikanische Republik, eines der ärmsten Länder weltweit, ist reich an Uranvorkommen und Erzen. Dies ist mitunter ein Grund dafür, dass Frankreich, welches schon seit 2012 eine starke militärische Präsenz (vor allem zu Ausbildungszwecken der lokalen Sicherheitskräfte) im Land ausübt, nun 24 Millionen Euro an Hilfe versprochen hat. Es werden auch Waffenlieferungen folgen, wie der französische Aussenminister Jean-Yves Le Drian am Tag nach den Un-

ruhen bekannt gab. «Frankreich möchte seine historische Partnerschaft mit der Zentralafrikanischen Republik fortsetzen», sagte der Minister vor Journalisten in Bangui nach einem Treffen mit Präsident Faustin-Archange Touadera am 2. November. Das Geld wird für die Zahlung von Pensionsrückständen, für Infrastruktur und Flüchtlingshil-

fe verwendet. «Es wäre aber absurd, Soldaten auszubilden und ihnen nicht die Mittel an die Hand zu geben, ihre Aufgaben zu erfüllen», so Le Drian und rechtfertigt damit die Verteilung von etwa 1500 Sturmgewehren. Der UNO-Sicherheitsrat verhängte 2013 ein Waffenembargo und verlängerte heuer im Januar einstimmig seine Sanktionen gegen

die Zentralafrikanische Republik bis zum 31. Januar 2019. Waffenlieferungen für die Sicherheitskräfte werden aber mit besonderer Genehmigung durch einen Sanktionsausschuss bewilligt. Bereits letztes Jahr konnte Russland auf diese Weise grosszügig Rüstungsgüter verteilen und bildet aktuell Offiziere und Unteroffiziere an russischen Ka-

derschulen aus. Zudem ist die Europäische Union mit einer militärischen Ausbildungsmission präsent. Im Juli wurden dazu bis 2020 neuerdings 25 Millionen Euro zweckgebunden für den Aufbau des Verteidigungssektors zugesagt. Geplante Waffenlieferungen aus China sind aber kürzlich vom UNO-Sicherheitsrat verboten worden.

Uganda

Flüchtlingskrise im Griff

Während europaweit Grenzen geschlossen werden und die USA Anfang November sogar damit drohte, auf Flüchtlinge entlang ihren Grenzen zu schießen, verfolgt Uganda einen gänzlich anderen Ansatz. Der Nordwesten des ostafrikanischen Landes mit seinen knapp 35 Millionen Einwohnern hat aktuell eine der grössten Flüchtlingskonzen-

trationen weltweit. Auf etwa 85 000 km² sind mehr als 400 000 vornehmlich aus dem Südsudan stammende Flüchtlinge verstreut. Die UNO wies bereits auf die von Uganda propagierte «open-border»-Politik hin, insgesamt beherbergt das Land mehr als 1,25 Millionen Vertriebene. Dabei geht es darum, dass es für alle offensteht. Neuankommende werden nicht in umzäunten Lagern untergebracht, sondern offenen Siedlungen zugewie-

sen – ohne Stacheldraht und ohne Wachen in Sichtweite. Es geht dabei um den Geist des Panafrikanismus, der die Einheimischen in ihren Umgang mit Flüchtlingen motiviert. Ein ugandischer Bauer meint dazu: «Im Grunde haben wir keine Probleme mit den Flüchtlingen, wir hatten ja selber keine einfache Vergangenheit.» Präsident Museveni, ehemaliger Guerillakämpfer und Gegner Idi Amins ist als autokratischer Führer seit 32

Jahren an der Macht. Er erklärt, dass die Grosszügigkeit Ugandas auf die vorkolonialen Tage des Krieges zwischen afrikanischen Königreichen und Erbstreitigkeiten zurückzuführen ist. Die Verlierer mussten oft in ein neues Land fliehen. Etwa 30 Prozent der für Flüchtlinge bestimmten Hilfszahlungen (für Schulen, Kliniken und Brunnen) kommt heute auf irgend eine Weise den Ugandern zugute. Museveni selbst erhält in einer für ihn international schwierigen Zeit dafür Anerkennung und schlägt dadurch politisches Kapital in der eigenen Republik. Einziger Wermutstropfen bleibt die Angst vor unkontrollierbaren Epidemien. Der Ausbruch des Krim-Kongo-Virus im Norden des Landes Anfang November und eine zunehmende Ebola-Ausbreitung in der Grenzregion mit dem von diversen Konflikten geprägten Nachbarstaat Kongo-Kinshasa bereiten den lokalen Behörden zunehmend Sorge.



Funktioniert, Flüchtlingsiedlung in Uganda.

Bild: UNHCR

Vietnam

Der wachsende Einfluss Chinas sorgt für Unruhe

Die beiden asiatischen Nachbarn China und Vietnam verbindet ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits wächst die jahrzehntealte wirtschaftliche Kooperation kon-

tinuierlich. Andererseits führt die Sorge vor Souveränitätsverlust gegenüber China zu Spannungen in der vietnamesischen Bevölkerung. Spontane Proteste gegen chinesischen Einfluss im Sommer 2018 verdeutlichen die Herausforderung der vietname-

sischen Führung, auf die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber China zu reagieren und gleichzeitig der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom mächtigen Nachbarn im Norden Rechnung zu tragen.

Im Juni 2018 gingen mehrere tausend Demonstranten

in verschiedenen vietnamesischen Städten auf die Strasse, um gegen einen Gesetzentwurf zur Einrichtung von drei Sonderwirtschaftszonen (SWZ) zu protestieren. Als im Sommer dieses Jahres Details des Gesetzentwurfs an die Öffentlichkeit drangen, kam es zu

Protesten, obwohl das Gesetz bereits seit November 2017 in der Nationalversammlung diskutiert wurde.

Den Protestierenden ging es aber auch um Kritik an dem neu verabschiedeten Cybersecurity-Gesetz, das von internationalen NGOs wie *Human Rights Watch* als schwerer Schlag für die Medien- und Meinungsfreiheit Vietnams eingestuft wurde. Auffällig war die überwiegend antichinesische Rhetorik der Proteste. Die chinesische Botschaft in Hanoi mahnte Chinesen in Vietnam zur Vorsicht, wohl auch vor dem Hintergrund von anti-chinesischen Krawallen im Jahr 2014, als eine chinesische Ölplattform in umstrittenes Seegebiet verbracht wurde.

Der in den Protesten geäusserte Unmut scheint Partei



Proteste in Hanoi.

Bild: Times of Asia

und Regierung nicht gänzlich überraschend getroffen zu haben. Wenige Tage vor den Demonstrationen bat die vietnamesische Regierung die Nationalversammlung, die Entscheidung über das Gesetz zu verschieben, da man mehr Zeit bräuchte, die Anliegen sowohl des Gesetzgebers als auch der

Öffentlichkeit bei der Gesetzesformulierung zu berücksichtigen. Auch vietnamesische Mandatsträger äusserten Bedenken bezüglich der SWZ.

Durch das geplante SWZ-Gesetz sollen drei strategisch bedeutende Gebiete zu Sonderwirtschaftszonen erklärt werden: Van Don an der Gren-

ze zu China im Norden, Bac Van Phong an der Küste des Südchinesischen Meeres und das im Süden gelegene Phu Quoc, das an die kambodschische SWZ-Shianouville grenzt. Ausländische Investoren dürften in diesen SWZ laut Entwurf Land für bis zu 99 Jahre pachten. Lockerere Arbeitsrechts- und Umweltschutzstandards sollen die Regionen zu attraktiven Standorten für ausländische Firmen machen. Die vietnamesische Regierung erhofft sich von diesem Gesetzentwurf mehr als 250 000 neue Arbeitsplätze und zusätzliche Staatseinnahmen in Höhe von 9,5 Milliarden US Dollar im Zeitraum zwischen 2021 und 2030. Vietnam besitzt bereits 18 Sonderwirtschaftszonen mit Pachtrechten von bis zu 70 Jahren.

China

Südliches Kommando muss sich auf Krieg vorbereiten

China warnt erneut die USA und macht klar, den Anspruch auf grosse Gebiete im Südchinesischen Meer auch bei Gefahr eines militärischen Konflikts aufrechtzuerhalten.

Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete, dass der chinesische Präsident Xi Jinping, der auch Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Oberbefehlshaber der Sicherheitskräfte ist, erneut das Südliche Kommando besucht hat. Nach der *South China Morning Post* (SCMP) soll er das Militär aufgefordert haben, sich auf den Krieg vorzubereiten.

Das Südliche Kommando ist für das Südchinesische Meer zuständig, wo es immer wieder zu provokatorischen Zwischenfällen kommt. China beansprucht grosse Teile für sich und baut Inseln zu Stützpunkten aus, die USA wollen Chi-

na mit den lokalen Bündnispartnern dort eindämmen und schicken Kriegsschiffe und -flugzeuge in die von China beanspruchten Gebiete, um Muskeln zu zeigen. Der Konflikt zieht sich schon seit Jahren hin und ist gefährlich, da es schnell zu einer militärischen Konfrontation kommen kann.

China hat sich in den letzten Jahren stark und schon 2015 im Weissbuch für militärische Strategie angekündigt, dass die Militärstrategie von Verteidigung auf eine «aktive Verteidigung» umgestellt wird. Das war eine klare Warnung an die USA und ihre Verbündeten.

Derweilen stieg aus Sicht von Washington China zum gefährlicheren Gegner als Russland auf. Zuletzt hat China vor einigen Tagen moniert, dass zwei US-Kriegsschiffe durch die Formosa- oder Taiwanstrasse gefahren sind. Hua Chunying, die Sprecherin des Außenministeriums, sagte, man habe das genau beobachtet. Die Haltung zu Tai-

wan, das China für sich beansprucht, würde die Souveränität und territoriale Integrität Chinas betreffen. Sie forderte die USA auf, sich an die Abmachungen zu halten und zu vermeiden, die bilaterale Beziehungen sowie Frieden und Stabilität zu gefährden. Demonstrativ hatten sich auch chinesische Soldaten an der grossen russischen Militärübung Wostok 2018 beteiligt.

Anfang Oktober hatte die US-Navy Fotos von einem Vorfall veröffentlicht, bei dem die Gefahr gross war, dass ein amerikanisches und ein chinesisches Kampfschiff kollidiert wären. Sie hätten sich einander bis 41 Meter angenähert. Der US-Zerstörer USS Decatur war auf einer der üblichen Missionen, die Freiheit der Schifffahrt zu demonstrieren, indem er sich von China beanspruchten Riffen der Spratly-Inseln näherte. Wenig verwunderlich kam dann der chinesische Zerstörer Lanzhou, der nach der Navy aggressive

Manöver ausführte und forderte, dass Decatur das Gebiet verlassen soll. Gemäss chinesischem Verteidigungsministerium hat Lanzhou nur die Souveränität Chinas verteidigt. Man werde alle Massnahmen ergreifen, um diese zu sichern.

Die SCMP verweist auf den chinesischen Staatssender CCTV, nachdem Xi gesagt hatte, das Kommando habe eine schwere militärische Verantwortung gehabt, welche jetzt noch verstärkt werden solle. Das Kommando hätte den Auftrag, «einen Krieg zu führen. Wir müssen alle komplexen Situationen erwägen und danach Notfallpläne ausarbeiten. Wir müssen mehr Kampfbereitschaftsübungen, gemeinsame Militärübungen und Konfrontationsübungen machen, um die Fähigkeiten der Soldaten und die Kriegsvorbereitung zu verstärken.»

Pascal Kohler,
Henrique Schneider



Sicherheit Schweiz



Vorsprung durch Wissen – mit einem Geschenkabonnement der ASMZ

11 Ausgaben für Fr. 78.– (Ausland Fr. 98.–) Preis inkl. MwSt.

Ich verschenke die ASMZ an:

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Die Rechnung senden an:

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Laufzeit ab:

Datum/Unterschrift:

Verlag Equi-Media AG, Brunnenstrasse 7, 8604 Volketswil
Telefon 044 908 45 65, abo@asmz.ch, www.asmz.ch

VSAM

Verein Schweizer Armeemuseum
Association du musée suisse de l'armée
Associazione del museo svizzero dell'esercito
Associazion dal museum svizzera da l'armada



Vortragsreihe 2019: Start 16. Januar

- ⇒ 16.01.2019* 20 Jahre ADAB – Inventar Tessin. Rückblick und Ausblick
Referent: Silvio Keller, ehemaliger Leiter der Arbeitsgruppe militärische Denkmäler des VBS (ADAB), Unterseen
- ⇒ 27.03.2019* Geschichte des Sanitätsdienstes der Schweizer Armee
Referent: Divisionär Andreas Stettbacher, Oberfeldarzt, Bern
- ⇒ 15.05.2019* Sperrern und Kavernen der Kampfgruppe Grünenberg (Thunersee Nordseite)
Referent: Hans-Rudolf Schoch, Buchautor, Grosshöchstetten
- ⇒ 10.07.2019* Autobusse in der Schweizer Armee
Referenten: Markus Hofmann, Vordemwald, und Max Martin, Bannwil
Durchführung: AMP Burgdorf, Treffpunkt 18.50 Uhr, Eingangstor (Militästrasse)
- ⇒ 18.09.2019* Die Schweizer Feldpost: 130 Jahre Emotionen
Referent: Oberst Fritz Affolter (Chef Feldpost der Armee), Bern
- ⇒ 20.11.2019* Der Militäreisenbahndienst (MED)
Referent: Oberst aD Hans Kaspar Dick, Münchenbuchsee

* **ACHTUNG:** Die Vorträge finden – ausser am 10.07.2019 – **in der Pferderegie im Schwäbis** mit Zugang hinter Restaurant Bellevue (Rossgagelpintli), Schwäbisstrasse 56, 3613 Steffisburg, statt.
Treffpunkt: jeweils 18.50 Uhr auf dem Bundesparkplatz hinter dem Restaurant Bellevue.
Anreise ab Bahnhof Thun mit Buslinie 4 bis Station Hauptkaserne oder Dufourkaserne (ca.10 Minuten Fussweg über Regiebrücke) oder 5 Minuten ab Bahnhof Schwäbis.

www.armeeumuseum.ch

Mail: info@armeeumuseum.ch - [shop@armeeumuseum.ch](http://shop.armeeumuseum.ch)
Postadresse: Verein Schweizer Armeemuseum – CH 3600 Thun
Für Rückfragen zur Vortragsreihe: Henri Habegger 079 415 11 67

DER IDEALE ORT FÜR ...

**NEUE
IMPULSE**

Mehr als 1.500 Aussteller aus der ganzen Welt, das volle Spektrum Sicherheit und ein aktionsgeladenes Programm auf der Demonstration Area – **seien auch Sie zur richtigen Zeit am richtigen Ort:**

IWA.INFO/JETZT

8. – 11.3.2019

NÜRNBERG, GERMANY

Zutritt nur für Facheinkäufer. Legitimation ist nachzuweisen.



**IWA
OUTDOOR
CLASSICS 2019**

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

NÜRNBERG MESSE